

#FÜRSIEDA

IHRE INFORMATIVE ZEITUNG FÜR WILMERSDORF SÜD UND SCHMARGENDORF - AUSGABE AUGUST/SEPTEMBER 2026



**Liebe Mitbürgerinnen,
Liebe Mitbürger,**

vor knapp einem Jahr bin ich mit meinem Büro an den Rüdesheimer Platz zurückgekehrt – eine Entscheidung, die ich bis heute nicht bereut habe. Der direkte Austausch mit Ihnen hilft mir, mich genau um die Anliegen zu kümmern, die hier bei uns im Kiez aktuell sind.

Damit Sie als Anwohnerinnen und Anwohner stets über meine Arbeit informiert sind, gebe ich seitdem in regelmäßigen Abständen diese Zeitung heraus. Ich berichte darin aus unserem Wahlkreis, erzähle, was sich in Berlin tut und wo den Menschen der Schuh drückt. Das Interesse daran ist riesig – und aus unseren vielen Gesprächen sind sogar schon konkrete Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus entstanden.

Da in nicht einmal zwei Monaten gewählt wird, haben wir für diese Ausgabe spannende Interviews geführt: mit Innensenatorin Iris Spranger, der Bezirksbürgermeister-Kandidatin Heike Schmitt-Schmelz und dem Kandidaten für das Rote Rathaus, Steffen Krach. Zudem werfen wir einen Blick auf die Erfolgsbilanz von Franziska Giffey – es wird Sie interessieren!

Auf den Mittelseiten haben wir das Wahlprogramm der Berliner SPD für Sie anschaulich aufbereitet und stellen Ihnen auf Seite 9 das Bezirkswahlprogramm der SPD für Charlottenburg-Wilmersdorf vor.

Die Sommerferien haben bereits ihre Halbzeit erreicht – vielleicht finden Sie ja die Zeit, ein wenig in dieser Zeitung zu stöbern. Sprechen Sie uns auch weiterhin gerne an; ich bin stets an einem höflichen, fairen und konstruktiven Austausch interessiert.

Falls Sie sich schon entschieden haben, mir Ihre Stimme zu geben, können Sie das übrigens schon jetzt tun: Im Bezirksamt gibt es ein Briefwahllokal, in dem Sie wie gewohnt vor Ort wählen können. Auf den Folgeseiten haben wir übersichtlich aufbereitet, wie einfach und schnell die Wahl abläuft – ein amtliches Ausweisdokument und idealerweise Ihre Wahlbenachrichtigung genügen schon.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe und weiterhin eine schöne Sommer- und Urlaubszeit! Die nächste Zeitung erscheint voraussichtlich Ende November / Anfang Dezember.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Florian Dörstelmann



Nah bei den Menschen und unterwegs im Kiez: Florian Dörstelmann - hier am Rüdesheimer Platz - immer mit einem offenen Ohr für das, was Sie in Wilmersdorf und Schmargendorf bewegt. Foto: Redaktion

THEMEN IN DIESER ZEITUNG

„BERLIN SOLL FAMILIENFREUNDLICHSTE METROPOLE EUROPAS WERDEN“

Interview mit Spitzenkandidat Steffen Krach

SEITE 3

ZWISCHEN KRISENBEWÄLTIGUNG UND SPORT-VISIONEN

Interview mit Innensenatorin Iris Spranger

SEITE 5

NAH DRAN AN DEN KIEZEN

Interview mit Heike Schmitt-Schmelz

SEITE 8

SICHERHEIT STÄRKEN, KIEZE GEMEINSAM GESTALTEN

Politische Schwerpunkte von Florian Dörstelmann

SEITE 11

GEWERBEMIETENDECKEL

Gastbeitrag von Wirtschaftsinfluencer Tim Renner

SEITE 12

Eine Stadt, ein Ziel: Berlin – Stadt ohne Gewalt!

Nach Terroranschlag beim CSD: Über die Notwendigkeit lückenloser Justizaufklärung, die Solidarität mit queerer Community und klare politische Prioritäten für den Schutz unserer Freiheit.

Freiheit ist keine Freiheit ohne Sicherheit. Freiheit muss wie die Demokratie jeden Tag verteidigt werden. Freiheit ist das Fundament auf dem wir stehen und leben.

Am 25. Juli wurde Berlin von einem islamistischen Terroranschlag erschüttert. Ein Todesopfer und über dreißig Verletzte, vier davon lebensbedrohlich verletzt, waren zu beklagen. Traurige Erinnerungen an den Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz vor zehn Jahren tauchten bei vielen wieder auf. Das Ziel war diesmal nicht ein Weihnachtsmarkt, sondern der CSD und die queere Community. Mutmaßlich sollte sie getroffen werden, weil ihre Mitglieder das tun, was eigentlich das Selbstverständlichste auf der Welt sein sollte: So zu leben und zu lieben, wie sie es möchten und wie es unser Freiheitsgedanke allen Menschen garantieren will. Und dafür verdient die queere Community die Solidarität der gesamten Stadt, denn dieser Anschlag war ein An-

griff auf alle, die sich zur Freiheit bekennen – ein Angriff auf uns alle!

Eingespielte Sicherheitsstrukturen verhindern Schlimmeres

Das Attentat wirft ein Schlaglicht auf die Sicherheit in unserer Stadt. In den vergangenen zehn Jahren hat sich vieles gewandelt, auch bei den Sicherheitsbehörden. Die Aufmerksamkeit für mögliche Bedrohungen ist hoch, aus dem Anschlag von 2016 wurden viele Lehren gezogen. So ist es kein Zufall gewesen, dass der Umzug des CSD am 25. Juli offenbar so gut gesichert war, diesen direkt anzugreifen und daher auf ein anderes Ziel, Passanten im Umfeld des Umzugs auf ihrem Weg durch den Tiergarten, auswich. Hier schlug er willkürlich zu und es ist der guten Aufstellung der Polizei und dem beherzten Einsatz der Rettungskräfte zu verdanken, dass noch Schlimmeres verhindert wurde. Viel dazu beigetragen hat auch die besonnene Reaktion der

CSD-Verantwortlichen, die für eine disziplinierte Beendigung des Umzugs nach Mitteilung des Alarms sorgte und damit ebenfalls viele Menschen schützte. Auch dies verdient große Anerkennung und zeigt, dass die inzwischen eingerichteten Strukturen der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Veranstaltern auch bei Großereignissen greifen.

Dringender Aufklärungsbedarf und offene Fragen an die Justiz

Was bedeutet dies alles für Berlin? Zum einen bedeutet es einen dringenden Bedarf nach Aufklärung und Transparenz. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, alles über den Anschlag zu erfahren und genauso über seine Entstehung.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Florian Dörstelmann nach der Sondersitzung des Innenausschusses.

**MIT
INNENSENATORIN
IRIS SPRANGER**



**WILMERSDORFER GESPRÄCHE
VON FLORIAN DÖRSTELMANN**

weitere Infos
+ Anmeldung
auf S. 10

**MIT
BAUSENATOR
CHRISTIAN GAEBLER**



**Mittwoch, 19.08.2026,
19:00 Uhr
„Alte Apotheke“,
Rüdesheimer Platz 7**

**Donnerstag,
03.09.2026, 19:00 Uhr
JARO-Theater,
Schlangenhader Str. 30**

Foto: Anne Hufnagel

Foto: SenStadt, Andreas Labes

(Fortsetzung von Seite 1)

Den Anfang der Aufarbeitung im Parlament machte bereits am 29. Juli, nur vier Tage nach dem Attentat, der Innenausschuss des Abgeordnetenhauses mit einer Sondersitzung. Unter dem Vorsitz von Florian Dörstelmann, SPD, tagte der Ausschuss und ließ sich umfassend von Innensenatorin Iris Spranger und den Vertreterinnen und Vertretern der Sicherheitsbehörden sowie Staatssekretär Feuerberg für die Senatsverwaltung der Justiz über die derzeit vorhandenen Erkenntnisse unterrichten.

Im Verlauf der Sitzung kristallisierte sich heraus, dass die Polizei bei der Abschirmung des Umzugs höchste Sicherheitsstandards gewährleistet hatte. Gleichzeitig stellten sich zunehmend Fragen, warum der Attentäter zur Tatzeit überhaupt auf freiem Fuß gewesen ist und damit die Tat begehen konnte, obwohl er noch im Mai 2026 von der Ber-



Blumen, Kerzen und Trauer im Tiergarten: Berlin steht nach Angriff auf die queere Community zusammen und trauert um die Opfer . Foto: Redaktion

liner Justiz zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten verurteilt worden war. Warum wurde diese Strafe zur Bewährung ausgesetzt, obwohl der Täter einschlägig vorbestraft und dem Gericht auch als Gewalttäter bekannt war? Diese Fragen beschäftigten die Sitzungsteilnehmer bei der Sondersitzung des Innenausschusses sehr, blieben jedoch an vielen Stellen offen. Hier wird vor allem aus der Justiz noch umfassende Aufklärung zu leisten sein. Einzelne Ausschussmitglieder stellten zudem bereits die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in den Raum, falls seitens der Senatsjustizverwaltung nicht zeitnah hinreichende Transparenz hergestellt wird.

Neue Bedrohungslagen erfordern Handeln

Der Anschlag bedeutet jedoch auch einen Wahrnehmungswechsel. Seit 2016 hat sich nicht nur bei den Sicherheitsbehörden vieles verändert, sondern auch die Sicher-

heitslage selbst. Der Krieg in der Ukraine und seine unübersehbaren Ausläufer vor allem durch zunehmende Geheimdienstaktivitäten und Cyberattacken bis hin nach Deutschland und insbesondere nach Berlin als Bundeshauptstadt, der Krieg der USA und Israels mit dem Iran, zunehmende Aktivitäten der internationalen Drogenkartelle in Europa und der organisierten Kriminalität, nicht zuletzt der gewaltkriminellen Clans, sowie wachsender Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus stellen unseren Sicherheitsapparat vor immer größere Herausforderungen. Diesen ist mit den jetzigen Mitteln auf Dauer nicht zu begegnen. Daher müssen sowohl die Befugnisse unserer Sicherheitsbehörden laufend und gleichzeitig mit Augenmaß hinsichtlich möglicher Grundrechtseingriffe angepasst und parallel dazu die personelle und materielle Ausstattung so verbes-

sert werden, dass diese Bedrohungen dauerhaft abgewehrt werden können.

Die Politik in der Pflicht

Eine besondere Verantwortung liegt damit nicht nur bei der Innensenatorin als Garantin für das Funktionieren des Sicherheitsapparats, sondern eben auch bei den Senatsressorts Justiz und Finanzen. Die Entscheidungen der Gerichte müssen den abgeurteilten Taten gerecht werden und sich nicht in immer neuen Bewährungsversuchen verlieren, dort wo eine kriminelle Karriere durch eine Vielzahl festgestellter Taten eigentlich nicht mehr zu übersehen ist. Und der Finanzsenator muss endlich Prioritäten setzen und den Sicherheitsapparat mit den Mitteln ausstatten, die notwendig sind, um die Bürgerinnen und Bürger dauerhaft vor Bedrohungen zu schützen.

Für die SPD bleibt damit das Ziel politisch ganz klar: Sicherheit für Berlin – für eine Stadt ohne Gewalt!

Sicherheit im Kiez

Kritische Infrastruktur: Berlin wappnet sich mit Katastrophenschutzgesetz

Nach dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er-Jahre wiegte sich ganz Westeuropa in einer gefährlichen Illusion. Es herrschte über Parteigrenzen hinweg der feste Glaube, dass großflächige Krisen, Kriege und existentielle Bedrohungen der Vergangenheit angehören. Auch hier bei uns in Berlin führte diese vermeintliche Gewissheit zu einem massiven Abbau der zivilen Verteidigungsstrukturen. Schutzbäume wurden entwidmet, Lagerbestände aufgelöst, Sirenen abgebaut und die personellen wie finanziellen Ressourcen im Katastrophenschutz zusammengestrichen. Man ging fälschlicherweise davon aus, diese Strukturen schlicht nicht mehr zu brauchen.

Heute erleben wir eine schmerzhaft Rückkehr der Realität. Die massiven Bedrohungen durch den fortschreitenden Klimawandel mit verheerenden Naturkatastrophen, aber auch der russische Angriffskrieg vor unserer europäischen Haustür zwingen uns zum radikalen Umdenken. Was über Jahrzehnte zurückgebaut wurde, muss nun mit Siebenmeilenstiefeln wieder aufgebaut werden. Berlin steht als Bundeshauptstadt und Metropole im besonderen Fokus und trägt eine enorme Verantwortung für die Sicherheit von fast vier Millionen Menschen.

Genau diese Verantwortung hat die SPD-geführte Innenverwaltung entschlossen übernommen. Unter Führung von Innensenatorin Iris Spranger steuert das Land konsequent um und investiert massiv in die Krisenvorsorge. Der Wiederaufbau wird dabei als Gemeinschaftsaufgabe zwischen dem Senat und den zwölf Berliner Bezirken organisiert. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die personelle und strukturelle Stärkung der bezirklichen Krisenstäbe. Hatte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport im Doppelhaushalt ursprünglich zwei Stellen für den Katastrophenschutz pro Bezirk vorgesehen, wurde diese Zahl im Angesicht der veränderten Lage nun auf fünf feste Stellen pro Bezirk aufgestockt. Das Ziel ist eine spürbare Vereinheitlichung der Ausstattung und der Abläufe, damit im Ernstfall jedes Bezirksamt nach den gleichen hohen Standards

handlungsfähig ist. Wie bitter nötig diese Beschleunigung ist, hat uns der verheerende Ernstfall am Jahresanfang vor Augen geführt. Der gezielte, politisch motivierte Brandanschlag auf die kritische Strom-Infrastruktur im Berliner Südwesten legte die Stromversorgung von rund 100.000 Men-



schen im tiefsten Winter für Tage komplett lahm. Dieser Anschlag auf das Stromnetz war ein massiver Weckruf für die gesamte Stadt. Er hat unmissverständlich bewiesen, dass der Schutz der lebenswichtigen Infrastruktur oberste Priorität haben muss.

Genau deshalb forciert die SPD-Innenverwaltung den flächendeckenden Ausbau der sogenannten Katastrophenschutz-Leuchttürme. Diese kieznahen Anlaufstellen verfügen über eine autarke Notstromversorgung und Satellitentelefone, um der Bevölkerung auch bei einem Blackout direkte Hilfe, Informationen und medizinische Notversorgung zu bieten. Flankiert wird dies durch gesetzliche Anpassungen, die dem Senat in extremen Krisenlagen klare Durchgriffs- und Koordinierungsrechte gegenüber den Bezirken sichern, um ein schnelles, einheitliches Handeln zu garantieren. Der Wiederaufbau ist eine Mammutaufgabe, doch die SPD zeigt: Wir packen den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger mit aller Konsequenz an.

Senioren-wahl

Kandidierende gesucht

Im Frühjahr 2027 wählen die Menschen über 60 ihre Seniorenvertretung. Die Seniorenvertretung im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf besteht aus 17 Vertretern, die für eine fünfjährige Amtszeit gewählt werden. Hier kann jeder kandidieren, der das 60. Lebensjahr erreicht hat. Neben der eigenen Anmeldung beim Bezirksamt können auch Vorschläge durch Dritte eingereicht werden, um geeignete Personen für dieses Ehrenamt zu benennen. Die Aufgaben der Seniorenvertretung bestehen darin, die gesellschaftliche Teilhabe und die Belange der älteren Generation im Bezirk gezielt nach vorne zu bringen.

Die Anmeldefrist läuft vom 4. September bis zum 2. Oktober 2026. Die Wahl findet anschließend im Zeitraum vom 5. bis 12. März 2027 als allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahl statt.

„Ich freue mich über jede Kandidatur für die Seniorenvertretung, denn so können Sie meine Arbeit im Berliner Abgeordnetenhaus unterstützen, denn nur so kann man die Anliegen der Seniorenbevölkerung im Wahlkreis positiv voranbringen“, so Florian Dörstelmann, der Abgeordnete im Wahlkreis Wilmersdorf Süd und Schmargendorf.

Zum Abschluss teilt Dörstelmann mit: „In heutiger Zeit müssen wir uns gemeinsam engagieren, um gemeinsam was zu erreichen.“ So wird die Seniorenvertretung auch 2027 wieder zu einer starken Stimme für ein aktives und mitgestaltetes Miteinander vor Ort.



Florian Dörstelmann mit Bent Paulsen und Lothar Binding (beide AG 60Plus) und Heike Schmitt-Schmelz. Foto: Vincent Rautmann

Briefwahl in Berlin 2026 - So funktioniert es!

Wie Sie Ihre Stimme schon vor dem Wahltag abgeben können: Alle Infos zu Fristen und Ablauf der Briefwahl.

Bei Wahlen gewinnt die Stimmabgabe per Briefwahl seit Jahren stetig an Bedeutung. In manchen Wahlkreisen nutzt bereits bis zur Hälfte aller Wählerinnen und Wähler diese Möglichkeit. Während früher noch ein wichtiger Grund (wie etwa eine Krankheit oder Abwesenheit) sind die Hürden heute denkbar gering. Jede und jeder Wahlberechtigte kann ohne Angabe von Gründen Briefwahlunterlagen beantragen oder direkt vorab in einer Briefwahlstelle abstimmen.

In der Zeit vom 10. August bis spätestens zum 30. August 2026 erhalten alle Berliner Wahlberechtigten ihre Wahlbenachrichtigung per Post zugestellt. Auf diesem Schreiben befindet sich ein QR-Code, der direkt auf das Online-Portal olmera.verwalt-berlin.de führt. Dort sind die persönlichen Daten bereits vorausgefüllt, sodass die Briefwahlunter-

lagen mit wenigen Klicks beantragt werden können. Dieser Online-Antrag muss bis zum 15. September 2026 gestellt werden. Die allerletzte Möglichkeit zur Beantragung beim Bezirkswahlamt endet am Freitag vor dem Wahltag, dem 18. September 2026, um 15:00 Uhr. Der eigentliche Wahltag findet am 20. September 2026 statt.

Sollte die Wahlbenachrichtigung nicht im Briefkasten landen oder verloren gehen, bleibt das Wahl-

recht dennoch uneingeschränkt bestehen. Für die Teilnahme an der Wahl reicht die Vorlage eines gültigen Ausweisdokuments, etwa des Personalausweises oder Reisepasses. Die Wahlbenachrichtigung dient lediglich dazu, den Vorgang zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Nach der Beantragung schickt das zuständige Bezirkswahlamt ein Unterlagenpaket per Post zu. Dieses enthält einen Wahlschein, die amtlichen Stimmzettel für die Erst- und Zweitstimme zur Abgeordnetenhauswahl sowie für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), einen weißen Stimmzettelmuschlag, einen roten Wahlbriefumschlag und ein ausführliches Merkblatt. Beim Ausfüllen ist darauf zu achten, dass die Stimmzettel persönlich angekreuzt und in den weißen Umschlag gelegt werden, der anschließend zugesteckt wird. Auf dem Wahlschein muss zwin-

gend die „Versicherung an Eides statt zur Briefwahl“ unterschrieben werden. Anschließend werden der unterschriebene Wahlschein und der verschlossene weiße Umschlag zusammen in den roten Wahlbriefumschlag gesteckt. Dieser rote Umschlag wird verschlossen und kann ohne Briefmarke in einen gelben Postbriefkasten geworfen oder direkt beim bezirklichen Briefwahllokal abgegeben werden.

Als Alternative zum Postweg gibt es ab dem 10. August bis zum 19. September 2026 die Möglichkeit der sogenannten „Briefwahl vor Ort“. Ab dem 10. August werden dazu die Adressen und Öffnungszeiten der Briefwahllokale in den Bezirken veröffentlicht. Wahlberechtigte können dort einfach mit ihrem Personalausweis oder Reisepass erscheinen, die Briefwahlunterlagen direkt vor Ort beantragen und unmittelbar in einer Wahlkabine ausfüllen. Der fertige Wahlbrief wird dann direkt in eine Wahlurne geworfen. Angestellte des Bezirksamtes stehen den Wählenden dabei

unterstützend zur Seite. Durch dieses Verfahren vermeiden Wahlberechtigte eventuelle Postlaufzeiten und erleben dennoch das gewohnte Gefühl einer Stimmabgabe im Wahllokal.



Foto: Redaktion

Alle wichtigen Daten und Fristen auf einen Blick:

10.08. – 30.08.2026: Postzustellung der Wahlbenachrichtigungen

10.08. – 19.09.2026: „Briefwahl vor Ort“ in den bezirklichen Briefwahllokalen möglich

Bis 15.09.2026 (empfohlen): Online-Antrag auf Briefwahlunterlagen stellen

Fr., 18.09.2026 (bis 15:00 Uhr): Letzte Frist zur Beantragung beim Bezirkswahlamt

So., 20.09.2026: WAHLTAG (Stimmabgabe im Wahllokal)

„Berlin soll die familienfreundlichste Metropole Europas werden“

Steffen Krach über bezahlbares Wohnen, Innovationen und seine Vision für ein familienfreundliches Berlin.

Als Regionspräsident warst du für knapp 3.500 Verwaltungsbeschäftigte verantwortlich. Welche Erfahrungen aus der Verwaltung bringst du aus Hannover mit?

Steffen Krach: Gute Politik beginnt vor Ort und Verwaltungen sind für die Menschen der direkte Kontakt zum Staat – und damit auch ein Gratmesser, ob dieser Staat funktioniert. Es sind oft die kleinen Dinge, die zählen: Verständliche Kommunikation, ob sich die Menschen unterstützt fühlen bei ihren Anliegen und für mich persönlich ist es immer das Ziel, nicht nur zu handeln, wo man zuständig ist, sondern wo es notwendig ist. Genau dafür möchte ich weiter Verantwortung übernehmen und zeigen, dass der Staat für die Menschen da ist.

Was wirst du als Regierender Bürgermeister für die Berliner Wissenschaft tun?

Steffen Krach: Ich konnte die Berliner Wissenschaftspolitik über sieben Jahre als Staatssekretär mitgestalten und weiß, welches große Potenzial in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen steckt. Berlin hat schon heute ein einzigartiges Ökosystem aus Wissenschaft, Forschung, Technologieunternehmen, Start-ups, Handwerk und produzierendem Gewerbe. In vielen Branchen sticht unsere Stadt mit neuen, weltweit beachteten Innovationen hervor. Diesen Weg möchte ich fortsetzen und Berlin zum Innovationsstandort Nummer eins in Europa machen. Dafür soll die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft ebenso gestärkt werden wie Zukunftsbranchen u. a. in Medizin, Künstliche Intelligenz, nachhaltigen Technologien, Mobilität, und digitale Finanzdienstleistungen.

Du bist selbst sportlich sehr aktiv. Was wirst du als Bürgermeister für die Förderung des Sports in Berlin tun?

Steffen Krach: Ich bin fast mein ganzes Leben lang Mitglied in unterschiedlichen Sportvereinen. Sport ist gesund, bringt Menschen zusammen und in Vereinen lernen Kinder Teamgeist und Miteinander. Deshalb investieren wir in moderne Sportanlagen, stärken den Breitensport und unterstützen unsere Vereine – und vor allem wollen wir das Ehrenamt attraktiver machen – unter anderem mit einem kostenlosen Deutschland-

ticket für alle, die die Ehrenamtskarte besitzen.

Das ist ein starkes Zeichen des Respekts für diejenigen, die unsere Stadt zusammenhalten. In Berlin engagieren sich über 600.000 Menschen im Sport, bei der Feuerwehr oder in sozialen Projekten. Wie möchtest Du dieses Ticket so organisieren, dass es wirklich als spürbare Entlastung bei den Aktiven ankommt?

Steffen Krach: Aktuell haben wir großen bürokratischen Aufwand, der in der Prüfung und Vergabe von einzelnen BVG-Tickets entsteht. Wenn wir das Deutschlandticket zusammen mit der Ehrenamtskarte vergeben, sparen wir Zeit und Bürokratie.

Außerdem bist du ein Familienmensch. Du hast in Berlin geheiratet, eure drei Kinder sind hier geboren. Was wirst du als Regierender Bürgermeister für die Familien in Berlin tun?

Steffen Krach: Berlin soll die familienfreundlichste Metropole Europas werden - egal, ob Alleinerziehende, Regenbogenfamilien oder Mann und Frau. Das bedeutet konkret: Bezahlbare Mieten und gute, wohnortnahe medizinische Versorgung, verlässliche Betreuung in Kitas, moderne Schulen und Lehrpläne, weiterhin gebührenfreie Bildung, verkehrsberuhigte Zonen rund um Schulen und Kitas und saubere Spielplätze. Und auch im Alter soll man in Berlin gut leben können: barrierefrei und mit sozialen Angeboten, die vor Einsamkeit schützen.

Du legst gerne Musik auf. Werden wir dich als Regierenden Bürgermeister weiterhin am DJ-Pult sehen?

Steffen Krach: Ehrlich gesagt: Ich spiele gerne mal zum Spaß den DJ auf einer Party, aber ich kann das nicht professionell. Aber man darf sich selbst nicht zu ernst nehmen, deswegen würde ich das, wenn sich die Gelegenheit ergibt, auch als Regierender Bürgermeister mal machen. Berlin hat eine großartige Kulturszene mit vielen talentierten DJs, Musikerinnen und Musikern in unserer Stadt, die für gute Stimmung sorgen können. Die Musikbranche, vor allem Clubs und Spielstätten, steht unter Druck. Deswegen wollen wir ein neues Förderprogramm für Spielstätten einrichten und sie unterstützen.

Die Berliner Kulturlandschaft hat in vielen Teilen mit großen



Problemen zu kämpfen. Wie wirst du der Berliner Kulturlandschaft helfen?

Steffen Krach: Kultur ist in Berlin systemrelevant und eine wichtige Säule für die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Bedeutung muss Politik wieder gerecht werden. Dafür sehe ich drei Punkte. Erstens: Wir sorgen für sichere und bezahlbare Kulturf Flächen, planen neue verbindlich ein und öffnen landeseigene Immobilien für Kultur. Zweitens: Wir führen ein Kulturfördergesetz ein, das der Kultur mehr Sicherheit und Verlässlichkeit gibt. Und drittens: Wir stärken kulturelle Bildung, führen den Museumssonntag und die Jugend-Kulturkarte wieder ein. Drittens müssen wir unsere Kreativszene und Kulturwirtschaft weiter unterstützen, von der Nachwuchsförderung, über die freie Szene, bis zu Leuchtturmevents wie dem Gallery Weekend oder der Fashion Week.

Wohnraum und Mietkosten sind Themen, die den täglichen Diskurs in Berlin bestimmen. Wie wird das Mietenkaster den Berlinerinnen und Berlinern helfen?

Steffen Krach: Es klingt bürokratisch, ist aber praktisch der schnellste Weg zur Senkung nicht gesetzeskonformer Mieten. Das Prinzip ist klar: Wer Mieten regulieren will, braucht Transparenz. Genau dafür sorgt die SPD. Mit dem digitalen Mietenkaster werden alle Mietverträge und Wohnungsbestände vollständig erfasst – das hat das Abgeordnetenhaus im Juli 2026 beschlossen. Der Aufbau erfolgt in den kommen-

den Monaten. Danach können wir systematisch gegen Mietwucher, Leerstand und illegale Ferienwohnungen vorgehen und Verstöße ahnden.

Die Idee einer ‚Mietenpolizei‘ aus deinem 11-Punkte-Plan klingt populär, aber Wohnung und Mietrecht sind in Deutschland größtenteils Bundesrecht. Welche konkreten juristischen Kompetenzen soll diese Mietenpolizei auf Landesebene bekommen, die über die bestehenden Möglichkeiten der Bezirksämter (wie das Zweckentfremdungsverbot) hinausgehen?

Steffen Krach: Es werden 100 Kontroll-Kräfte eingestellt, um die Arbeit der Bezirke und Mietpreisprüfstellen schnell zu verstärken und bis zur Etablierung des Mietenkasters binnen Monaten sukzessive tausende Mietverträge zu prüfen, gemeinsam mit den Bezirken Anzeigen gegen Verstöße durchzusetzen und Bußgelder einzutreiben. Heißt: Wer als Vermieterinnen und Vermieter einen gesetzeswidrigen Vertrag abgeschlossen hat, sollte diesen schnell korrigieren. Ab Januar klingeln die Kontrolleure und es wird teurer, aber diesmal für die Vermieter. Und Mietwucher fällt sogar unter Strafrecht, man sollte es sich also zweimal überlegen, ob man vor Gericht landen will.

Im Gegensatz zum Bundestrend ist die Berliner Wirtschaft deutlich krisenresilienter. Wie wirst du als Regierender Bürgermeister diesen Trend festigen?

Steffen Krach: Ja, eine starke Wirtschaft ist eines unserer wich-

tigsten Themen und das erste Kapitel unseres Wahlprogramms. Die Berliner Wirtschaft entwickelt sich seit dreizehn Jahren besser als im Bund. Darauf möchte ich weiter aufbauen. Denn nur eine Stadt mit Wirtschaftskraft und guten Arbeitsplätzen ist für die Menschen bezahlbar. Wir müssen dringend für mehr Beschäftigung sorgen, das schafft Perspektiven für die Menschen in Berlin und entlastet den Haushalt. Dafür investieren wir in Infrastruktur, stärken Mittelstand, Industrie und Start-ups und fördern Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz und Biotechnologie. Gerade im Gesundheitssektor sehe ich in Berlin eine große Chance für die Zukunft, von der Spitzenforschung, über die Entwicklung innovativer Medikamente und Therapien, bis hin zur besten Versorgung für die Menschen in unserer Stadt. Das gilt besonders für die Frauengesundheit, die über Jahrhunderte vernachlässigt wurde. Unsere Stadt kann und muss da weltweit Vorreiterin sein.

Die Berlin-Versprechen von Steffen Krach finden Sie hier:



Der Mietenwahnsinn endet jetzt. Steffen Krach, SPD

Krach persönlich

Geboren: 7. August 1979 in Hannover, 2002 nach Berlin gezogen

Seit 1998 Mitglied der SPD

Familie: verheiratet, Vater von drei Kindern

Studium: Sozial- und Politikwissenschaft, Diplom-Politologe, FU Berlin

Beruflicher Werdegang: Staatssekretär für Wissenschaft

und Forschung, anschließend Präsident der Region Hannover

Hobbys: Sport und Unternehmungen mit Familie und Freunden

Herzansliegen: Berlin als familienfreundliche Metropole, in der alle von der Kindheit bis ins hohe Alter ein gutes Leben führen können – sicher, sauber, bezahlbar und mit einer guten Gesundheitsversorgung

IMPRESSUM

#FÜRSIEDA
IHRE INFORMATIVE ZEITUNG FÜR
WILMERSDORF-SÜD UND SCHMAR-
GENDORF

Herausgeber: Henriette-Sophie Glag & Felix
Bürkholz, c/o SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Abt. 04/97 Wilmersdorf Süd, Otto-Suhr-Allee 100,
10585 Berlin

Druck: Megadruck, Am Haferkamp 4, 26655
Westerstede

Verantwortliche i.S.d.P.: Henriette-Sophie Glag &
Felix Bürkholz, c/o SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Abt. 04/97 Wilmersdorf Süd, Otto-Suhr-Allee 100,
10585 Berlin

Redaktion #FÜRSIEDA: Florian Dörmelmann,
René Diesterhöft, Maurice Thaligsmann, Vincent
Rautmann

Zwischen Rekordwachstum und Rekommunalisierung - Die Erfolgsbilanz von Franziska Giffey

So verbindet sozialdemokratische Wirtschaftspolitik viel Wachstum mit sozialer Verantwortung und echtem Klimaschutz.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt: Sie schafft gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze, sichert die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand, fördert Chancengleichheit und investiert zielgerichtet in die Transformation unserer Stadt. Dass Berlin seit nunmehr 13 Jahren in Folge stärker wächst als der Bundesdurchschnitt und sich selbst in wirtschaftlich schwierigen Phasen als stabiler Wohlstandsmotor erweist, ist der konsequenten und ergebnisorientierten Politik von Wirtschaftsministerin Franziska Giffey und der SPD zu verdanken.

Die Kernerfolge

Überdurchschnittliches Wachstum (+1,1 %): Während die Bundeswirtschaft 2025 weitgehend stagniert (+0,2 %), wächst Berlin dank gezielter Impulse (u. a. Neustartprogramm Wirtschaft) mehr als fünfmal so stark.

Dynamischer Gründungsgeist: Rund 40.000 Unternehmensneugründungen (+3,5 %) und ein Anstieg bei Gewerbeanmeldungen zeigen das hohe Vertrauen in den Standort.

Rekommunalisierung der Fernwärme: „Die Wärme nach Hause geholt“ – mit dem Rückkauf der Berliner Energie und Wärme (BEW) sichert das Land Berlin bezahlbare, verlässliche und klimaneutrale Energie in öffentlicher Hand.

Gerechte Chancen & Frauenförderung: Einführung des Gründerinnen-Stipendiums, des Meister:innen-Bonus sowie Überarbeitung des Aktionsprogramms Handwerk.

Spitzenreiter bei der Energiewende: Berlin ist bundesweit Platz

1 beim Solarausbau im Verhältnis zur Fläche und verdoppelte die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität auf 31.000 Ladepunkte.

Wirtschaftswachstum mit sozialem Kompass

Ein starker Sozialstaat und verlässliche öffentliche Dienstleistungen setzen eine florierende Wirtschaft voraus. Unter der Führung von Franziska Giffey beweist Berlin, dass wirtschaftliche Dynamik und soziale Verantwortung Hand in Hand gehen.

Mit dem verabschiedeten **Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2040** wurden gewerbliche Flächen langfristig gesichert. Unternehmen, die expandieren oder sich neu ansiedeln wollen, finden in Berlin verlässliche Räume. Das schafft dauerhaft neue Arbeitsplätze und stärkt die Wertschöpfung vor Ort.

Besonders hervorzuheben ist der sozialdemokratische Ansatz der **gezielten Chancengleichheit**: Das Gründerinnen-Stipendium stärkt gezielt Frauen auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Zudem sichert der Meister:innen-Bonus zusammen mit der Neuausrichtung des Handwerksaktionsprogramms die Zukunft des Berliner Handwerks – dem Rückgrat unseres Mittelstands.

Daseinsvorsorge sichern: Klimaschutz & Rekommunalisierung

Ein zentraler Pfeiler sozialdemokratischer Politik ist der Schutz und der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der strategische Meilenstein der aktuellen Legislaturperiode ist die **Rekommunalisierung der Berliner Energie und Wärme (BEW)**. Damit ist die Fernwärmeversorgung wieder in



Wirtschaftsministerin Franziska Giffey mit Spitzenkandidat Steffen Krach beim Wirtschaftsempfang Big Business Berlin im Frühjahr 2026. Foto: Redaktion

Landeseigentum – eine Grundvoraussetzung für bezahlbare Preise und eine sozial gerechte Wärme-wende.

Gleichzeitig treibt der Senat den ökologischen Wandel energisch voran:

Solar-Hauptstadt: Dank des Masterplans SolarCity 2025–2030 und dem Förderprogramm SolarPLUS ist Berlin deutscher Spitzenreiter beim Solarausbau bezogen auf die Landfläche.

Klimapakt mit Landesunternehmen: Milliardeninvestitionen der 22 Landeseigenen Betriebe sorgen für ökologische Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit.

Nachhaltige Mobilität: Mit der Beschlussfassung der Gesamtstrategie Ladeinfrastruktur und dem WELMO-Förderprogramm für Wohnungsbaugenossenschaften wurde die Anzahl der E-Ladepunkte auf 31.000 nahezu verdoppelt.

Moderne Infrastruktur & Entbürokratisierung

Sozialdemokratische Verwaltungspolitik bedeutet Dienstleistung für die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Unter Franziska Giffey wurden bürokratische Hürden spürbar abgebaut und

administrative Prozesse modernisiert:

Digitaler Wirtschaftsservice (DIWI): Durch das Aktionskonzept zur Digitalisierung stehen Unternehmen mittlerweile 459 Verwaltungsleistungen vollständig digital zur Verfügung.

Schnelleres Vergabe- und Gaststättenrecht: Die Novellierung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes vereinfacht öffentliche Vergaben. Das neue Berliner Gaststättengesetz erleichtert Neugründungen und schafft Spielräume für die Außengastronomie.

Digitale Infrastruktur: Mit 99,7 % 5G-Flächenabdeckung und einer Verdopplung der Glasfaserquote auf 56,4 % stellt Berlin die Weichen für die digitale Zukunft.

Innovation, Zukunftsinvestitionen & Arbeit von morgen

Um den Wohlstand von morgen zu sichern, investiert Berlin zielgerichtet in Wissenschaft, Technologie und Kulturwirtschaft:

Künstliche Intelligenz & Deep-Tech: Die Eröffnung des #ai_berlin hubs stärkt Berlin als eine der führenden KI-Metropolen Europas. Der Pre-Seed-Fonds „B Sharp“ (10 Mio. Euro via IBB Ventures) unterstützt DeepTech-Ausgrün-

dungen aus Hochschulen.

Wissenschaftsbasierte Startups: Gemeinsam mit Brandenburg entsteht über die Initiative UNITE/JUNI Europas größtes Gründungszentrum für wissenschaftsnahe Startups.

Ausbildung & Zukunftsbranchen: Die Konzeptionierung des HOGA-Campus Berlin sichert eine erstklassige Ausbildung in Gastronomie und Hotellerie. Mit dem neuen House of Games setzt Berlin zudem Maßstäbe für die Kreativ- und Gameswirtschaft.

Messe- & Kongressstandort: Durch den Ausbau des nachhaltigen Tagen-Kongressfonds, das internationale Konzeptverfahren zur Revitalisierung des ICC und das neue Internationalisierungskonzept sichert Berlin globale Partnerschaften und widerstandsfähige Lieferketten.

Die Bilanz von Franziska Giffey zeigt eindrucksvoll: **Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wirkt.** Sie verbindet ökonomische Stärke und Innovation mit gesellschaftlicher Teilhabe, Klimaschutz und starker öffentlicher Daseinsvorsorge. Berlin wächst nachhaltig, bleibt innovativ und stellt die Weichen für eine gerechte, moderne Zukunft.



Wichtiger Motor für die Berliner Wirtschaft: der Westhafen. Foto: By Dr. Karl-

Heinz Hochhaus - Own work, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=83687547>

Taxi in Gefahr?

Warum der Moratoriums-Plan des Senats am echten Problem vorbeigeht – und was das Berliner Taxigewerbe jetzt braucht.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, will gemeinsam mit seiner Verkehrsministerin Ute Bonde ein Jahr lang keine neuen Taxikonzessionen ausstellen. In Berlin gibt es zurzeit ca. 6.600 Taxen. Dies ist eine Steigerung um etwa 1.200 Taxen seit 2024.

In Berlin werden seit 2024 Plattformen wie Uber, Bolt und Co. strenger kontrolliert. Dies hat zur Folge, dass viele schwarze Schafe aus der Mietwagenbranche ihr Heil in der Flucht in eine Taxilienz suchen.

Seit Jahren kämpft die Taxibranche um ihr Überleben. Aber die Politik reagiert immer zu spät, zögerlich oder handelt bei der Umsetzung ihrer eigenen Vorgaben nicht konsequent.

Seit Jahren wird das Verhalten der Mietwagenfahrer von Bolt, Uber und Co. nicht ausreichend kontrolliert. Bei Stichproben werden 9 von 10 Uber- und Bolt-Mietwagen aus dem Verkehr gezogen. Hier muss endlich regelmäßiger kontrolliert werden. Mit einer Verringerung der Konzessionen wird man das Problem nicht in den Griff bekommen. Nur wenn Mietwagen die gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die Taxibranche erfüllen müssen, kann der Unterbietungswettbewerb durch die Mietwagenbranche unterbunden werden.

Zum anderen muss hier klargestellt werden: Seit Jahren gibt es keine Tarifierungen im Taxigewerbe. Trotz einer Inflation von über 10 %, berechtigter Mindest-



Das Taxiwesen steht unter Druck. Foto: Redaktion.

loohnerhöhungen und der allgemeinen Preissteigerung muss das Taxigewerbe mit staatlich festgelegten Preisen arbeiten. Denn jeder sollte wissen: Die Politik beschließt die Beförderungspreise. Da das Taxigewerbe Teil des ÖPNV ist, können die Taxifahrer nicht frei entscheiden, welcher Fahrpreis aufgerufen wird. Deshalb muss die Sicherung des Taxigewerbes in zwei Schritten erfolgen:

1. Plattformen wie Uber, Bolt und Co. regelmäßig und gründlich kontrollieren.

2. Die Tarife an die allgemeine Preisentwicklung anpassen und auf ein faires sowie wirtschaftlich vertretbares Niveau erhöhen, sodass die Unternehmer wirtschaftlich überleben können.

Zwischen Krisenbewältigung und Sport-Vision: Innensenatorin Iris Spranger im Gespräch

Über die Konsequenzen nach dem CSD-Anschlag, den Schutz kritischer Infrastruktur und Berlins Ambitionen auf die Olympischen und Paralympischen Spiele

Frau Innensenatorin, der furchtbare islamistische Terroranschlag am 27. Juli auf den CSD bei dem 31 Menschen zum Teil schwer verletzt und eine Frau getötet, hat Berlin und die ganze Bundesrepublik zutiefst erschüttert. Als Innensenatorin steht für Sie die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an allererster Stelle, das haben Sie in Ihrer Amtszeit immer wieder klargestellt. Wie haben Sie diesen Terroranschlag erlebt, welche ersten Konsequenzen ziehen Sie daraus für die Sicherheitslage und wie stellen wir sicher, dass Berlin wieder eine sichere Stadt für alle wird?

Iris Spranger: Mich hat diese Tat zutiefst erschüttert. Als ich über den Terroranschlag informiert wurde, bin ich sofort aus dem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt, um mir noch am späten Sonntagnachmittag selbst ein Bild vom Tatort zu machen. Dieser schreckliche islamistische Anschlag war ein Angriff auf unsere Stadt, auf unsere Lebensweise, auf Offenheit und Vielfalt und auf die Werte unserer freiheitlichen Demokratie. Mein tiefes Mitgefühl gilt der Familie der Verstorbenen, den Verletzten und ihren Angehörigen. Allen Verletzten wünsche ich eine schnelle und vollständige Genesung. Zugleich danke ich den eingesetzten Polizistinnen und Polizisten, den Feuerwehrleuten, den Rettungskräften, den Ärztinnen und Ärzten sowie allen Helferinnen und Helfern. Sie haben schnell, besonnen und professionell gehandelt. Da zeigt sich, wie gut unsere Einsatzkräfte sind. Mein Dank gilt auch den Verantwortlichen des Christopher Street Day und allen Teilnehmenden, die den Anweisungen der Einsatzkräfte vorbildlich gefolgt sind.

Die Öffentlichkeit hat selbstverständlich ein Recht darauf zu erfahren, wie genau die Tat abgelaufen ist und was den Sicherheitsbehörden im Vorfeld bekannt war. Gleichzeitig bitte ich um Verständnis, dass ich wegen der laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts zu den Hintergründen derzeit nur sehr eingeschränkt Stellung nehmen kann.

Zu den polizeilichen Maßnahmen im Vorfeld möchte ich aber eines klar sagen: Am 12. Mai 2026 wurde der Tatverdächtige durch das Amtsgericht auf Grundlage des Jugendstrafrechts zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten verurteilt. Diese Strafe wurde für eine sechsmonatige Vorbewährung gemäß § 57 Jugendgerichtsgesetz ausgesetzt. Das führte anschließend zu seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft.

Auf diese richterliche Entscheidung hat die Polizei Berlin unmittelbar reagiert. Nach der Haftentlassung wurden engmaschige polizeiliche Maßnahmen gegen den Tatverdächtigen durchgeführt. Dazu gehörten unter anderem Gefährderansprachen, Kontaktgespräche, verdeckte Maßnahmen sowie Observationen.

Diese Maßnahmen wurden fortlaufend überprüft und angepasst, auch weil der Tatverdächtige zwischenzeitlich ein unauffälliges Verhalten zeigte. Bei Menschen, die keine Anzeichen für die Vorbereitung von Straftaten zeigen, können wir nicht fortlaufend die maximalen Maßnahmen fahren. Das ist die Rechtslage. Wichtig ist



Innensenatorin Iris Spranger mit Florian Dörstelmann, Abgeordneter für Wilmersdorf Süd und Schmargendorf. Foto: Redaktion

mir aber zu betonen: Es blieb nicht bei einzelnen Kontakten. Es wurden weiterhin intensive polizeiliche Maßnahmen durchgeführt, und der Tatverdächtige stand unter enger Beobachtung.

Der Anschlag macht auf schmerzliche Weise deutlich, wie wichtig umfassende und zugleich praxistaugliche Befugnisse für unsere Sicherheitsbehörden sind. Schon bei der Novellierung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes wurde diskutiert, dass die rechtlichen Hürden für den Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Gefährdern nach § 29b ASOG sehr hoch sind. Deshalb sollten wir darüber sprechen, ob in Fällen, in denen sich die Sicherheitsbehörden einig sind, dass es sich um einen Gefährder handelt, unverzüglich ein gerichtlicher Antrag auf Anordnung einer elektronischen Fußfessel gestellt werden kann. Absolute Sicherheit wird es nie geben. Aber wir müssen alles tun, um Risiken zu minimieren und unsere Stadt bestmöglich zu schützen. Berlin lässt sich durch Gewalt und Terror nicht einschüchtern.

Blicken wir auf die gesamte Spanne Ihrer Amtszeit: Welche Themen in Ihrem Aufgabenbereich Inneres waren Ihnen in der aktuellen Legislatur neben den aktuellen Krisenlagen besonders wichtig?

Iris Spranger: Ein wesentliches Augenmerk lag und liegt für mich auf der Stärkung und Modernisierung der Einsatzkräfte der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr. Um diesen optimalen Rückhalt und beste Arbeitsbedingungen zu bieten, wurden gezielt Ausbildungszahlen erhöht sowie in die Einführung von Bodycams, moderne Schutzausrüstung, den Fuhrpark und viele Millionen Euro in die Sanierung von Dienststellen investiert. Eines der für mich bedeutenden

Projekte ist der Neubau des Kriminaltechnischen Instituts und der Berliner Feuerwehr und Rettungsakademie. Zum anderen wurde der Katastrophen- und Zivilschutz gemeinsam mit dem Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS) ausgebaut. Wir haben Warnsysteme modernisiert über 400 Warnsirenen installiert. Wir haben das Ehrenamt gestärkt und Maßnahmen gegen hybride Bedrohungen sowie Cyberangriffe vorangetrieben. Schließlich bildete die konsequente Kriminalitätsbekämpfung – unter anderem gegen Clankriminalität und Extremismus – zusammen mit einer nachhaltigen Präventionsarbeit gegen Jugendgewalt und für den Opferschutz vor allem bei der Häuslichen Gewalt einen weiteren Pfeiler, um den Schutz der Demokratie und das Vertrauen in die innere Sicherheit der Hauptstadt vorausschauend abzusichern.

Anfang des Jahres gab es einen Anschlag auf das Berliner Stromnetz. Sie und Franziska Giffey haben die Krise gemeistert. Was tut der Senat für die Krisensicherheit und den Schutz kritischer Infrastrukturen in Zukunft?

Iris Spranger: Der Anschlag auf das Stromnetz hat uns eindringlich vor Augen geführt, wie verwundbar moderne Metropolen sind und wie essenziell eine widerstandsfähige Infrastruktur für das Funktionieren unserer Stadt ist. Um Berlin für künftige Krisen noch robuster aufzustellen, verfolgen wir im Senat einen klaren und umfassenden Ansatz, der bei der Prävention ansetzt und bis zur konkreten Notfallvorsorge vor Ort reicht. Damit der Katastrophenschutz in den Bezirken leistungsfähiger wird, habe ich in jeden Bezirk zwei zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt. Bislang gab es maximal eine volle

Stelle für den Katastrophenschutz pro Bezirk, oft weniger.

Gemeinsam mit den Sicherheitsbehörden und den Betreibern kritischer Infrastrukturen haben wir die Schutzmaßnahmen für sensible Einrichtungen – von Umspannwerken über die Wasser- bis hin zur Datenversorgung – nochmals spürbar geschärft. Das bedeutet sowohl einen intensiveren Objektschutz als auch den gezielten Einsatz modernster Überwachungstechnik. Parallel dazu setzen wir die Vorgaben des KRITIS-Dachgesetzes konsequent um, um die Betreiber zu strengen Risikoanalysen und verbindlichen Resilienzplänen zu verpflichten.

Als ich angetreten bin, hatten wir große Schwierigkeiten im Rettungsdienst. Mit unserer Reform des Rettungsdienstgesetzes konnten wir die Situation entspannen und Rettungsdienste im Alltag entlasten. Rettungswagen rücken jetzt durch neue Notfallkategorien gezielter aus.

Zudem stärken wir unsere Einsatzkräfte, indem wir kontinuierlich in die Ausstattung von Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen investieren und die Notstromversorgung für kritische Orte wie Krankenhäuser weiter ausbauen. Damit die Berlinerinnen und Berliner im Ernstfall schnell Hilfe und Informationen erhalten, entwickeln wir zudem das Netz der Katastrophenschutz-Leuchttürme in den Bezirken flächendeckend weiter.

Sie sind nicht nur Innen-, sondern auch Sportsenatorin. Vor welchen zentralen Aufgaben steht der Berliner Sport aktuell und wie wollen Sie Breitensport, Infrastruktur und Großveranstaltungen unter einen Hut bringen?

Iris Spranger: An erster Stelle steht natürlich unsere Vision für Olympische und Paralympische Spiele. Mit dem Konzept „BER-

LIN+“ rücken wir eine nachhaltige und tragfähige Bewerbung in den Mittelpunkt unserer sportpolitischen Dialoge. Wir wollen zeigen, dass wir Großveranstaltungen modern, transparent und mit echtem Mehrwert für die Stadt gestalten können.

Damit das gelingt, brauchen wir ein starkes Fundament – und das ist unsere Sportstätten und Infrastruktur. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt daher ganz konkret auf der Sanierung, Modernisierung und dem nachhaltigen Ausbau von Berliner Sportanlagen und Hallen. Vom Kiez-Sportplatz bis zur Multifunktionshalle müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Wir greifen dabei auf die bestehende Sportinfrastruktur zurück, die wir für die Olympischen Spiele entsprechend umbauen können. Das nenne ich ein nachhaltiges Konzept.

Zudem ist mir die Verbindung von Inklusion und Vielfalt ein wichtiges Anliegen. Wir haben mit Großereignissen wie den Special Olympics World Games 2023 gezeigt, was möglich ist. Programme wie „Inklusion ’23“ führen wir nachhaltig weiter, um den Para- und Behindertensport dauerhaft in unserer Stadtgesellschaft zu stärken und Barrieren in den Köpfen wie auf den Sportplätzen abzubauen.

Ein starker Sportstandort lebt nicht zuletzt von der Basis. Deshalb fördern wir gleichermaßen den Breiten- und den Spitzensport. Das reicht von der verlässlichen Unterstützung unserer ehrenamtlich geführten Vereine und einer gezielten Nachwuchsarbeit bis hin zur gezielten Stärkung von Mannschaften- sowie modernen Trend- und Urbansportarten.

Vielen Dank für das Interview Frau Innensenatorin!

WAHLPROGRAMM

SPD BERLIN





KOMPLETTES
PROGRAMM

WAHLPROGRAMM

SPD BERLIN

SONDERINVESTITIONS-
PROGRAMM POLIZEI
UND FEUERWEHR

EINSETZUNG BERLINER
LANDESSICHERHEITSRAT

LEISTUNGSSTARKE
JUSTIZ

**SICHERHEIT FÜR EIN
GUTES LEBEN**

SCHUTZ DER
DEMOKRATIE

NEUBAU
KINDERKLINIK

STÄRKUNG SPEZIALISIERTER
ERMITTLUNGSTRUKTUREN

VERDOPPLUNG ANZAHL
GEMEINSCHAFTSSCHULEN

ERHÖHUNG
PERSONAL-
SCHLÜSSEL IN KITAS

EINFÜHRUNG
HANDYVERBOT AN
GRUNDSCHULEN

**AUFSTEIGEN MIT
GLEICHEN CHANCEN**

FORTSETZUNG
SCHULBAU-
OFFENSIVE

MIN. EIN
SOZIALARBEITER
PRO SCHULE

BEIBEHALTUNG
GEBÜHRENFREIHEIT

MASTERPLAN SOLARCITY:
25% SOLARSTROM-
ANTEIL BIS 2035

KLIMANEUTRAL
MÖGLICHST VOR 2045

**VERANTWORTUNG,
DIE UNS ALLE TRÄGT**

FORTFÜHRUNG
VERWALTUNGS-
REFORM

SOZIAL GERECHTER
KLIMASCHUTZ

ENTWICKLUNG
MODERNE BERLIN-APP

AUSBAU DIGITALER
DIENSTLEISTUNGEN

KONSEQUENTER AUSBAU
FERNWÄRME DURCH BEW

Heike Schmitt-Schmelz: „Gute Politik entsteht im Gespräch, nicht am Schreibtisch“

Heike Schmitt-Schmelz erläutert ihre Vision für lebenswerten und wirtschaftlich starken Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf

Aktuell sind Sie in Charlottenburg-Wilmersdorf Bezirksstadträtin für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur. Welche Themen konnten Sie in der aktuellen Legislatur umsetzen und welche waren Ihnen die wichtigsten?

Mein Schwerpunkt war immer, gute Rahmenbedingungen für Bildung, Kultur und Sport zu schaffen. Wir haben den Ausbau und die Sanierung von Schulstandorten vorangebracht, die Bibliotheken und Kultureinrichtungen gestärkt und den Sportvereinen trotz knapper Ressourcen verlässliche Perspektiven gegeben, indem wir die Sportanlagen saniert haben. Besonders wichtig war mir, dass jedes Kind einen Schulplatz bekommt und wir die Bildungsinfrastruktur zukunftsfähig weiterentwickeln. Gleichzeitig habe ich mich dafür eingesetzt, dass Kultur und Sport niedrigschwellig für alle Menschen im Bezirk zugänglich bleiben.

Schon vorher waren Sie politisch im Bezirk als BVV-Verordnete unterwegs. Welche Erfahrungen aus dieser Zeit nehmen Sie mit in Ihre Arbeit?

Die Zeit in der Bezirksverordnetenversammlung hat mich gelehrt, wie wichtig es ist, den Bezirk bis in seine Kieze hinein zu kennen und den Menschen zuzuhören. Gute Politik entsteht nicht am Schreibtisch, sondern im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Initiativen und Unternehmen. Diese Erfahrung hilft mir bis heute, pragmatische Lösungen zu entwickeln und unterschiedliche Interessen zusammenzubringen.

Charlottenburg-Wilmersdorf ist geprägt durch seine Kieze. Was werden Sie als künftige Bezirksbürgermeisterin tun, um diese Charakteristik im Bezirk zu erhalten?

Unsere Kieze sind das Herz des Bezirks. Jeder hat seinen eigenen Charakter, seine Geschichte und seine Nachbarschaften. Ich möchte diese Vielfalt erhalten, indem wir öffentliche Plätze attraktiv gestalten, Grünflächen schützen, Kultur fördern und lokale Gewerbetreibende unterstützen. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass sich Menschen das Leben in ihren Kiezen weiterhin leisten können und sich alle Generationen dort zuhause fühlen.

Was wird Ihr roter Leitfaden für die Arbeit als künftige Bezirksbürgermeisterin sein?

Mein Leitbild ist ein Bezirk, der zusammenhält. Gute Bildung, lebenswerte Kieze, eine leistungsfähige Verwaltung und eine starke soziale Infrastruktur gehören für mich zusammen. Politik muss den Alltag der Menschen konkret verbessern – mit pragmatischen Lösungen statt ideologischen Debatten.

Was unterscheidet Sie von Ihren Mitbewerber:innen?

Ich bin im Bezirk aufgewachsen, habe hier gearbeitet und bin seit vielen Jahren kommunalpolitisch aktiv. Ich kenne die Herausforderungen aus der Praxis – als Erzieherin, als Kommunalpolitikerin und als Stadträtin. Mir geht es nicht um Schlagzeilen, sondern darum, Projekte erfolgreich umzusetzen und Menschen zusammenzubringen. Gerade auf Bezirksebene sind Verlässlichkeit, Erfahrung und Dialog entscheidend.

Die Kieze bilden die gesamte Gesellschaft ab. Gerade Personen mit kleineren Einkommen haben Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wie werden Sie diese Menschen als Bezirksbürgermeisterin unterstützen?

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der größten sozialen Fragen un-

serer Zeit. Der Bezirk kann den Wohnungsmarkt nicht allein steuern, aber wir können konsequent sozialen Wohnungsbau unterstützen, Milieuschutzgebiete nutzen und bei Neubauprojekten auf einen guten Mix achten. Ebenso wichtig ist eine funktionierende soziale Infrastruktur mit Schulen, Kitas, Freizeit- und Beratungsangeboten. Mein Ziel ist, dass Menschen unabhängig von ihrem Einkommen in Charlottenburg-Wilmersdorf eine Perspektive haben.

In den Kiezen gibt es nicht nur große Unterschiede im Geldbeutel, sondern auch im Alter. Welche Angebote möchten Sie für Jung und Alt schaffen, erhalten oder ausbauen?

Ich möchte Begegnungsorte stärken, an denen Generationen zusammenkommen. Dazu gehören Bibliotheken, Jugendfreizeiteinrichtungen, Seniorentreffs, Sportanlagen und kulturelle Angebote. Besonders wichtig ist mir die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen. Gleichzeitig brauchen ältere Menschen wohnortnahe Angebote, Barrierefreiheit und sichere öffentliche Räume.

Die Kieze leben auch durch Klein- und Kleinstunternehmen. Wie möchten Sie die lokale Wirtschaft als Bezirksbürgermeisterin stärken?

Eine lebendige Wirtschaft macht unsere Kieze attraktiv. Des-



Heike Schmitt-Schmelz im direkten Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort im Kiez.

halb möchte ich Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen, die Digitalisierung der Verwaltung voranbringen und den Austausch mit Unternehmen intensivieren. Unsere Geschäftsstraßen sollen Orte bleiben, an denen inhabergeführte Geschäfte, Gastronomie und Handwerk gute Bedingungen vorfinden. Wirtschaftsförderung bedeutet für mich, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Explodierende Gewerbemieten verdrängen das lokale Kleingewerbe, soziale Einrichtungen und die Kultur aus unseren Kiezen. Wie stehen Sie zur Idee eines Gewerbemietendeckels?

Das Problem ist real. Viele kleine Betriebe, soziale Einrichtungen und Kulturschaffende geraten zunehmend unter Druck. Ich unterstütze deshalb alle rechtlich tragfähigen Instrumente, die zu einer stärkeren Stabilisierung der Gewerbemieten beitragen können. Ob ein Gewerbemietendeckel

verfassungsrechtlich umsetzbar ist, muss auf Bundesebene entschieden werden. Wichtig ist, dass wir Lösungen finden, die unsere gewachsenen Kiezstrukturen erhalten und dem Mittelstand Planungssicherheit geben.

Im Bezirk gibt es außerdem viele Sportvereine. Wie haben Sie den Sport als Stadträtin unterstützt und was sind Ihre Pläne als Bezirksbürgermeisterin?

Sport verbindet Menschen und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb habe ich mich für den Erhalt und die Modernisierung unserer Sportanlagen eingesetzt und den engen Austausch mit den Vereinen gepflegt. Künftig möchte ich die Sanierung von Sportstätten weiter vorantreiben, zusätzliche Hallenkapazitäten schaffen und dafür sorgen, dass Kinder, Jugendliche und Ehrenamtliche gute Bedingungen für ihren Sport vorfinden.



Mit klarer Haltung für den Bezirk: Heike Schmitt-Schmelz über zukunftsfähige Bildung, starken Sport und lebendige Kieze.

Schmitt-Schmelz persönlich

Was sind Ihre Lieblingsorte im Bezirk?

Es gibt viele Orte, die ich mit persönlichen Erinnerungen verbinde. Ich genieße Spaziergänge im Grunewald oder am Lietzensee, schätze die kulturelle Vielfalt rund um die Wilmersdorfer Straße und den Savignyplatz sowie die zahlreichen Parks und Plätze, die unseren Bezirk so lebenswert machen. Besonders schön finde ich,

dass jeder Kiez seinen ganz eigenen Charakter hat.

Ein paar persönliche Daten von Ihnen.

Ich bin 1979 in Berlin geboren und in Charlottenburg-Wilmersdorf aufgewachsen. Nach meinem Abitur habe ich zunächst Germanistik und Arbeitslehre studiert und anschließend eine Ausbildung zur Erzieherin sowie zur Fachlehrerin für Integration

absolviert. Vor meiner Tätigkeit als Stadträtin habe ich in einer Charlottenburger Kita gearbeitet. Seit 2001 engagiere ich mich in der SPD und seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik unseres Bezirks. Mein Ziel ist es, Charlottenburg-Wilmersdorf als lebenswerte, soziale und vielfältige Heimat für alle Menschen weiterzuentwickeln.

Südliches Flair mitten in Wilmersdorf

Wie der Rüdesheimer Platz mit idyllischer Architektur und dem beliebten Weinbrunnen Urlaubsgefühle nach Berlin bringt.

Wer am Rüdesheimer Platz aus der U-Bahn-Linie 3 steigt, verlässt das hektische Berlin und betritt eine andere Welt. Plötzlich riecht es nach Sommerurlaub, milden Abenden in den Weinbergen und einem Hauch süddeutscher Gemütlichkeit. Mitten in Wilmersdorf liegt diese Oase, die das Herzstück des Rheingauviertels bildet. Seit Jahrzehnten konserviert der Platz ein Lebensgefühl, das West-Berliner Tradition mit idyllischem Kleinstadtfair verbindet.

Geplant wurde die Anlage ab 1905 von Architekt Georg Haber-

land im englischen Landhausstil. Kunstvoll bepflanzte Staudenbeete, alte Bäume und dekorative Giebfassaden rahmen das Areal ein. Vorgelagerte Gärten verstärken den Eindruck einer grünen Vorstadt. Für die herausragende Pflege gab es 2001 den renommierten Gustav-Meyer-Preis.

Die Kulisse wird im Westen durch den monumentalen, neubarocken Siegfriedbrunnen von 1911 perfektioniert. Bildhauer Emil Cauer der Jüngere schuf das Werk aus Sandstein. Auf der Stützmauer thront die Skulptur des Helden Siegfried als Rosselen-



ker, flankiert von zwei mächtigen Flussallegorien.

Zum Leben erwacht der Platz durch den Rheingauer Weinbrunnen. Seit 1967 reisen von Mai

bis September Winzer aus dem Rheingau an, um in einer Holzhütte ihre Tropfen auszuschenken. An den Abenden verwandelt sich die Anlage in eine Open-Air-Terrasse.

Anwohner und Gäste sitzen friedlich auf Holzbänken. Den Wein kauft man am Stand, das Picknick bringen viele Stammgäste von zu Hause mit.

Auch die Infrastruktur greift das weinselige Thema auf: Der denkmalgeschützte U-Bahnhof zeigt liebevolle Details wie Reliefs von Trauben und Weinlaub. An der Oberfläche ergänzen ein historisches „Café Achteck“ und ein thematisch gestalteter Spielplatz das Ensemble. Der Rüdesheimer Platz ist ein zeitloser Rückzugsort, an dem bei einem Glas Riesling die Stunden davongleiten.

Starke Kieze, sichere Zukunft

Wie die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf den Spagat zwischen bezahlbarem Wohnen, starken Kiezen, Hitzeschutz und grünem Wandel schaffen will.

1. Starke Grundlagen für die Zukunft unserer Kinder
Beste Lernbedingungen für unsere Kinder und Jugendlichen: Ausbau von Schulplätzen und Gemeinschaftsschulen, Umsetzung von Schulwegsicherheitsgutachten, klimaresiliente Sanierung von Schulhöfen, Bereitstellung von Tagesreinigungsmitteln durch das Land, Etablierung außerunterrichtlicher Klimaschutzgremien und personelle Stärkung der Jugendverkehrsschulen.
Orte des Lernens und der Begegnung stärken: Dezentralisierung der Volkshochschul-Angebote, Umwandlung von Honorar- in feste Beschäftigungsverhältnisse, Ausbau von Bibliotheken als „dritte Orte“ (z. B. im Rathaus) sowie Schaffung inklusiver, konsumfreier Begegnungsräume.
Räume für Kinder und Jugendliche: Sanierung von Jugendfreizeiteinrichtungen, Ausbau von Ferienangeboten und internationalen Begegnungen, finanzielle/personelle Stärkung des Kinder- und Jugendparlaments sowie Einrichtung temporärer Spielstraßen.
Sport im Bezirk stärken: Barrierefreie Sanierung von Sportanlagen, mehr Platzbetreuungspersonal, Bau gedeckter Sportstätten, Ausbau von Inklusionssport und Einrichtung einer Vereins-Koordinierungsstelle.
Kulturelle Vielfalt im Bezirk stärken: Ansiedlung von Kinos, Theatern, Galerien/Ateliers, Beteiligung an der Expo 2035 als Ausstellungsstandort, Sanierung des Theaters Coupé für die freie Szene sowie Erhalt traditioneller Orte (Thai-Streetfood-Markt, Weinbrunnen).

2. Bezahlbaren Wohnraum sichern und schaffen
Ein starkes Wohnungsamt für den Schutz von Mieterinnen und Mietern: Personelle Aufstockung des Wohnungsamts zur aktiven Bekämpfung von Mietwucher, Zweckentfremdung und illegalen Ferienwohnungen (z. B. AirBnB); Fortführung/Ausbau von Milieuschutzgebieten, Wiederanwendung des bezirklichen Vorkaufsrechts sowie Vor-Ort-Besichtigungen bei Mängeln.
Egal wo gebaut wird: bezahlbare Wohnungen sind Pflicht: Verpflichtende städtebauliche Verträge bei Bauvorhaben ab 1.000 m² (Berliner Modell mit mind. 30 % preisgebundenem Wohnraum); Stopp baurechtlicher Befreiungen für reine Büroflächen; Verbot von möbliertem Wohnen auf Zeit im Milieuschutz; Beendigung großzügiger Abrisspraktiken; Nutzung großer Potenziale (z. B. Breitenbachplatz/

Schlangenbader Tunnel, Am Spreebord).
3. Für gesundes Stadtgrün und saubere Parks
Unsere Parks und Grünflächen pflegen und sauber halten: Einfordern auskömmlicher Landesmittel für die Grünpflege, Reinigung aller Parks und Spielplätze durch die BSR, Reparatur von Bänken und Wegen, Erhalt bezirklicher Baumschulen/Gärtnereien sowie Ausbau des Park- und Kiezläufer-Programms.
Unsere Straßen und Stadtplätze für Hitzesommer und Starkregen wappnen: Entsiegelung von Asphaltflächen auf Stadtplätzen für Schatten und Beete, Pflanzung neuer Stadtbäume in Hitzeinseln, Aufstellen von Trinkbrunnen an Plätzen/Sportplätzen und Erstellung kieznaher Klimaanpassungspläne.

4. Starke Kieze und lebendige Geschäftsstraßen
Lebendige Geschäftsstraßen und starke Kieze: Aufbau einer zentralen Plattform für aktives Leerstandsmanagement, Förderung von Zwischennutzungen, schnelle Umsetzung des ISEK Wilmersdorfer Straße und Erhöhung von Sauberkeit/Sicherheit im öffentlichen Raum.
Einzelhandel stärken und Vielfalt sichern: Attraktiver Gestaltung der Einkaufsstraßen (mehr Grün, Kunst, breitere Gehwege), Einsatz gegen Mietsteigerungen bei Gewerbeflächen, Unterstützung lokaler Händler-Zusammenschlüsse und flexible Außengastronomie.
Wirtschaftsverkehr sinnvoll organisieren: Schnellere und unbürokratische Einrichtung von Lieferzonen sowie Entwicklung standortangepasster Lieferverkehrskonzepte. Baustellen besser koordinieren: Frühzeitiger Dialog und zentrale Ansprechperson im Bezirksamt für betroffene Gewerbetreibende, zeitliche Befristung von Baustelleneinrichtungen und flexiblere Regelungen zur Sondernutzung.

5. Sichere und verlässliche Mobilität für unsere Kieze
City-West vor Folgen des Autobahnumbaus schützen: Schutz von Wohnstraßen vor Durchgangs- und Schwerlastverkehr, Tempolimits/Zufahrtsbeschränkungen während des A100-Umbaus sowie angestrebte Abdeckung der A100 zwischen Dreieck Funkturm und Dreieck Charlottenburg.
Öffentlichen Nahverkehr ausbauen: Dichtere Taktung, barrierefreier Ausbau aller Haltestellen, Weiterbau der Straßenbahn (Turmstraße – Mierendorffplatz – Jungfernheide – Paul-Hertz-Siedlung) und Bau



Möchte Charlottenburg-Wilmersdorf in eine sichere Zukunft führen: Die Bezirksbürgermeister-Kandidatin und Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz.

von Fahrradparkhäusern an Hauptbahnhöfen.
Verkehrsflächen neu denken: Geschützte Radwege an Hauptstraßen (z. B. Bundesallee, Kantstraße), Priorisierung des Fußverkehrs und Neugestaltung des Bundesplatzes (Tunnelperspektive prüfen).
Sichere Schulwege: Erstellung und Abarbeitung einer bezirklichen Prioritätenliste für Schulwegumbauten sowie verstärktes Vorgehen gegen Falschparker an Kreuzungen und Radwegen.
Mehr Platz für Menschen statt für Autos: Umverteilung von Straßenraum zugunsten von Spielstraßen und Aufenthaltsflächen, Unterstützung von Kiezgaragen und Nachnutzung von Supermarktplatzplätzen, Schaffung von E-Ladeinfrastruktur sowie festen Abstellflächen für E-Scooter und Car-Sharing.

6. Soziales, Gesundheit und Zusammenhalt im Bezirk
Gesundheit: Prävention und Versorgung vor Ort: Sicherstellung der medizinischen Nahversorgung (insb. Charlottenburg-Nord), bessere Ausstattung von Pflegestützpunkten, Stärkung der Gesundheitskompetenz und Schutz-

maßnahmen bei Hitze/Kälte.
Seniorenarbeit: Würdevoll, aktiv und vernetzt: Vorbeugung von Einsamkeit durch aufsuchende Angebote, interkulturelle Öffnung von Begegnungststätten, Erhalt von Seniorenfreizeiteinrichtungen und Umsetzung des Altenhilfestrukturegesetzes.
Soziale Sicherheit und Strategien gegen Obdachlosigkeit: Stärkung von Mehrgenerationenhäusern, Ausbau von „Housing First“-Angeboten, Aufstellung von Container-Übernachtungsboxen (z. B. Stuttgarter Platz/Bahnhof Charlottenburg), Einrichtung eines festen Drogenkonsumraums und Ausbau von Gewaltschutz-Wohnprojekten für Frauen.
Vielfalt, Integration und echte Partizipation als Fundament: Regelmäßige Einbürgerungsfeiern, Umsetzung des Berliner Partizipationsgesetzes, Sprachkursförderung, Förderung queerer Initiativen (Erhalt der Queerbeauftragten-Stelle) sowie automatischer Versand mehrsprachiger Kitainfos.

7. Für eine moderne Verwaltung mit Bürgernähe
Verwaltung neu denken: digital, effizient und nah an den Menschen:

Einsatz von Digitalisierung und KI zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten (z. B. bei Wohngeld/Grundsicherung), Ausbau mobiler Verwaltungsangebote für Kieze, Einführung eines „Digitalen Zwillings“ für die Stadtplanung und Stärkung des Katastrophenschutzes.
Bürger:innenbeteiligung als zentraler Baustein: Ausbau niedriger Beteiligungsformate, Stärkung des Ehrenamts, feste Koordinierungsstelle für das Kinder- und Jugendparlament sowie frühzeitige Mitinbeziehung von Betroffenen bei Kiez- und Schulwegsicherheitsplanungen.

Das komplette Bezirkswahlprogramm der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf finden Sie hier:





Foto: SPD Berlin/Anne Hühnig

SIE HABEN EIN ANLIEGEN?

WIR KÜMMERN UNS!

FLORIAN DÖRSTELMANN

IHR ABGEORDNETER FÜR WILMERSDORF SÜD UND SCHMARGENDORF

BÜRGERBÜRO FLORIAN DÖRSTELMANN

Bürgerbüro „Alte Apotheke“
Rüdesheimer Platz 7
14197 Berlin

Büro-Öffnungszeiten
Montag: 10 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Mittwoch: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 10 - 17 Uhr
Freitag: 10 - 14 Uhr

E-Mail:
info@florian-doerstelmann.de

Website:
florian-doerstelmann.de

Instagram:
florian_doerstelmann

Telefon:
0177/8196272

Ab sofort finden die Sprechstunden mit Florian Dörstelmann regelmäßig im Monat statt. Damit reagiert Florian Dörstelmann auf das steigende Interesse und den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach mehr Möglichkeiten zum direkten Austausch.
In den Sprechstunden haben Interessierte die Gelegenheit, persönliche Anliegen, Fragen, Anregungen oder auch Kritik direkt anzusprechen.

Sprechstunden-Termine:

Mi, 12.08.2026, 13:00 - 14:00 Uhr
Di, 18.08.2026, 12:00 - 13:00 Uhr

Um vorherige Anmeldung mit Angabe des Anliegens wird gebeten. Dann meldet sich das Büroteam mit einem Terminvorschlag.

Aktuelle Nachrichten und Termine entnehmen sich bitte der Website.

KURZMELDUNGEN

Ab 3. August starten an der Rüdesheimer Straße in Berlin-Wilmersdorf Bauarbeiten zur Schulwegsicherung der Grundschule am Rüdesheimer Platz. Bis Mitte Oktober entstehen Gehwegvorstreckungen, Fahrradständer und eine „Kiss & Go“-Zone. Die Durchfahrt für Autos bleibt frei.

Florian Dörstelmann ist am 12. und 13. September jeweils von 12 bis 18 Uhr mit einem eigenen Stand auf dem Antik-Markt in der Landauer Straße vertreten. Besucherinnen und Besucher sind herzlich eingeladen, vorbeizuschauen und ins Gespräch zu kommen.

Der Abriss der Autobahnbrücken am Breitenbachplatz in Berlin verzögert sich erneut wegen eines Vergabestreits. Da Veränderungen an den Brücken festgestellt wurden, sind die Parkplätze darunter seit dem 3. August gesperrt und umzäunt, um weitere Untersuchungen durchzuführen.

Wilmersdorfer Gespräche

Iris Spranger und Christian Gaebler zu Gast

Wie gestaltet sich die Zukunft von Wilmersdorf und ganz Berlin? Um drängende Zukunftsfragen direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, setzt Florian Dörstelmann, Abgeordneter für Wilmersdorf Süd und Schmargendorf, seine Veranstaltungsreihe „Wilmersdorfer Gespräche“ fort. Im Spätsommer stehen zwei hochkarätige Termine auf dem Programm: Zum Gespräch kommen dieses Mal Innensenatorin Iris Spranger sowie Bausenator Christian Gaebler vorbei.

Der Auftakt findet am **Mittwoch, den 19. August 2026, um 19:00 Uhr** im Bürgerbüro „Alte Apotheke“ (Rüdesheimer Platz 7, 14197 Berlin) statt. Gemeinsam mit der Senatorin für Inneres und Sport, Iris Spranger, geht es unter dem Titel „Wie sicher ist Berlin? Was die SPD für die innere Sicherheit in Berlin will“ um zentrale Sicherheitsfragen unserer Stadt. Im Fokus stehen die Kriminalitätsentwicklung und Präventionsansätze, die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum

sowie die personelle und materielle Ausstattung von Polizei und Feuerwehr. Zudem werden moderne Sicherheitskonzepte und die Digitalisierung ausführlich erörtert.

Am **Donnerstag, den 3. September 2026, um 19:00 Uhr**, folgt das zweite Gespräch im JARO-Theater (Schlangenbader Straße 30, 14197 Berlin). Unter dem Leitmotiv „Wie baut Berlin seine Zukunft? Bezahlbarer Wohnraum, Infrastruktur und nachhaltige Stadtentwicklung“ begrüßt Florian Dörstelmann den Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Christian Gaebler. Schwerpunkte bilden hierbei bezahlbarer Wohnraum, kiezverträgliche Nachverdichtung, Beschleunigung von Bauverfahren sowie konkrete Impulse für Wilmersdorf und Schmargendorf.

Beide Abende bieten Raum für Fragen und den direkten Bürgerdialog vor Ort. Um eine vorherige Anmeldung wird per E-Mail an info@florian-doerstelmann.de oder telefonisch unter 0177 8196272 gebeten.

MIT
INNENSENATORIN
IRIS SPRANGER

WILMERSDORFER GESPRÄCHE
VON FLORIAN DÖRSTELMANN

MIT
BAUSENATOR
CHRISTIAN GAEBLER



Mittwoch, 19.08.2026, 19:00 Uhr
„Alte Apotheke“, Rüdesheimer Platz 7

Donnerstag, 03.09.2026, 19:00 Uhr
JARO-Theater, Schlangenbader Str. 30

Sicherheit stärken, Kieze gemeinsam gestalten

Florian Dörstelmanns Schwerpunkte für sichere Straßen, bezahlbares Wohnen und starke Nachbarschaften in Wilmersdorf Süd und Schmargendorf

Als Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus für Wilmersdorf Süd und Schmargendorf setze ich mich täglich dafür ein, dass unsere Stadt nicht nur funktioniert, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger verlässlich, sicher und lebenswert bleibt. Mein politisches Handeln orientiert sich dabei an konkreten Lösungen für die Menschen vor Ort – von den großen Weichenstellungen in der Landespolitik bis hin zu den alltäglichen Anliegen direkt in unseren Nachbarschaften.

Innere Sicherheit: Verlässlicher Schutz für unsere Gesellschaft

Als Vorsitzender des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie als Mitglied im Rechtsausschuss ist es mein zentrales Anliegen, Berlin zu einer sichereren Stadt zu machen. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis und die Voraussetzung für freiheitliches Zusammenleben.

Eine effektive Kriminalitätsbekämpfung muss im öffentlichen Raum und im ÖPNV spürbar sein. Mit der Novellierung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) verfolgen wir einen ausgewogenen Dreiklang aus Prävention, Intervention und Repression. Dies beinhaltet auch den zielgerichteten Einsatz von Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten und moderner Technologie – stets unter strenger Wahrung der Bürgerrechte.

Gleichzeitig brauchen wir starke Einsatzkräfte. Die Feuerwehr, die Polizei und die Justiz müssen personell, materiell und rechtlich so aufgestellt sein, dass sie ihren gesellschaftlichen Auftrag wirksam erfüllen können. Dazu gehört auch die Einführung moderner Hilfsmittel wie Bodycams, die nicht nur den Schutz von Rettungs- und Sicherheitskräften verbessern, sondern zugleich Transparenz schaffen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt für mich auf dem Schutz vor häuslicher Gewalt und der Stärkung der Opferhilfe. Hier müssen wir Betroffene wirksamer schützen – etwa durch die Erweiterung von Beratungsmöglichkeiten, längere Wegweisungen für Gefährder und den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln.

Lebenswerte Kieze, Stadtentwicklung und Verkehr: Nachbarschaft gemeinsam gestalten

Ein funktionierendes Umfeld direkt vor der Haustür liegt mir besonders am Herzen. Stadtentwicklung

lung muss den Menschen dienen und Raum für Erholung, Miteinander und Mobilität schaffen.

Für Schlüsselprojekte wie den Breitenbachplatz und den Schlangenbader Tunnel fordere ich vom Senat endlich ein tragfähiges Gesamtkonzept. Ziel muss es sein, die Trennwirkung der ehemaligen Autobahn endgültig aufzuheben und gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern einen Ort zu schaffen, der die Aufenthaltsqualität im Kiez spürbar erhöht und nachhaltig vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Rückbau der Brücke muss zügig vorangetrieben werden, um die frei werdenden Flächen sinnvoll zu nutzen: für Außengastronomie, Orte der Begegnung, soziales Wohnen und grüne Oasen im Kiez.

Sichere Verkehrswege haben für mich oberste Priorität. Vor allem Kinder und Seniorinnen und Senioren benötigen geschützte Schul- und Kiezwege – etwa durch verlässliche Zebrastreifen, Bedarfsampeln, barrierefreie Gehwege und den Ausbau neuer Radwege, wie beispielsweise auf der Wiesbadener Straße.

Darüber hinaus setze ich mich für eine umfassende Reform des Winterdienstes ein. Durch die kiezweise Bündelung von Räumaufträgen und eine verlässliche Qualitätskontrolle müssen Gehwege auch in den Wintermonaten barrierefrei und sicher passierbar bleiben, um die Mobilität älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen zu gewährleisten.

Bezahlbares Wohnen und Raum für Gewerbe: Soziale Sicherheit im Kiez

Wohnen und Arbeiten müssen in Berlin für alle bezahlbar bleiben – der Markt allein löst diese Herkulesaufgabe nicht.

Um den Wohnraum zu sichern, setze ich mich für einen bundesweiten rechtlichen Rahmen im Sinne einer Öffnungsklausel ein, damit Berlin Mieten wieder wirksam deckeln kann. Parallel dazu unterstütze ich den gezielten Neubau durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sowie pragmatische Konzepte wie den unkomplizierten Wohnungstausch für Seniorinnen und Senioren.

Nicht nur Wohnungsmieten, sondern auch die Kosten für Gewerbeflächen sind extrem angestiegen. Unter explodierenden Gewerbemieten leiden das lokale Handwerk, der Einzelhandel und soziale Einrichtungen. Ich fordere

daher wirksame Schutzmechanismen im Gewerbemietrecht und die Umwandlung geeigneter Flächen in „Urbane Gebiete“, damit bezahlbarer Raum für Kiez-Gewerbe, Kulturprojekte und Start-ups langfristig erhalten bleibt.

Wirtschaft, Innovation und Gute Arbeit: Berlin als starken Standort ausbauen

Als Mitglied im Wirtschaftsausschuss engagiere ich mich für einen zukunftsfähigen und leistungsstarken Wirtschaftsstandort.

Wir müssen unsere Einkaufsstraßen lebendig halten. Mit einer gezielten bezirklichen Wirtschaftsförderung steuern wir dem Leerstand in Geschäftsstraßen wie der Breiten Straße oder am Rüdesheimer Platz entgegen, um die Nahversorgung im Kiez nachhaltig zu stärken.

Als Gründerhauptstadt und wirtschaftlicher Motor Deutschlands bietet Berlin enorme Chancen. Ich setze mich dafür ein, innovative Unternehmen und Start-ups dauerhaft in der Stadt zu halten und gleichzeitig das traditionelle lokale Handwerk gezielt zu fördern. Nur so sichern wir fair bezahlte, zukunftssichere Arbeitsplätze für alle Berlinerinnen und Berliner. Dass wir dafür gute Voraussetzungen geschaffen haben, zeigt die Bilanz der Arbeit von Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey auf Seite 4 in dieser Zeitung.

Familienfreundlichkeit und Bürgernähe: Vor Ort ansprechbar

Ein Bezirk und seine Kieze leben von den Menschen, die dort wohnen, und einer verlässlichen sozialen Infrastruktur.

Unter dem Leitsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ unterstütze ich kurze Erreichbarkeiten zu Kitas und Grundschulen. Ebenso setze ich mich für den Erhalt und die Modernisierung von Spielplätzen und Jugendeinrichtungen sowie für barrierefreie Angebote für die ältere Generation ein.

Politik gelingt nur im direkten Austausch. In meinem Wahlkreisbüro, der „Alten Apotheke“ am Rüdesheimer Platz, stehe ich den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig und persönlich für ihre Anliegen zur Verfügung. Mit Formaten wie den „Wilmersdorfer Gesprächen“ schaffen wir darüber hinaus Raum für einen kontinuierlichen und konstruktiven politischen Diskurs direkt bei uns im Kiez.



Vor Ort am Wohnkomplex Schlangenbader Tunnel: Florian Dörstelmann fordert vom Senat ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept für das Bauwerk und das gesamte Quartier. Foto: Redaktion

Ein Gewerbemietendeckel ist Wirtschaftspolitik

Warum ein Schutz vor steigenden Gewerbemieten kein Bremsklotz, sondern ein Zukunftsgarant für die Berliner Wirtschaft ist.

Ein Gastbeitrag von Prof. Tim Renner.

Wenn in München, Hamburg, Frankfurt oder Stuttgart über Gewerbemieten diskutiert wird, geht es meist um den Einzelhandel. Das ist verständlich. Der stationäre Handel steht unter enormem Druck – durch den Onlinehandel, steigende Kosten und verändertes Konsumverhalten. Dennoch spielt die Debatte dort eine vergleichsweise geringe Rolle. Denn die wirtschaftliche Stärke dieser Städte beruht vor allem auf anderen Säulen: München lebt von ehemals Berliner Konzernen wie Siemens oder Allianz, Frankfurt von der Finanzwirtschaft, Stuttgart von der Automobilindustrie und Hamburg vom Hafen.

Berlin ist anders. Die wirtschaftliche Zukunft dieser Stadt entsteht nicht in den Zentralen großer Industriekonzerne, sondern in Ateliers, Studios, Werkstätten, Coworking-Spaces, Laboren und kleinen Büros. Das Rückgrat der Berliner Wirtschaft bilden die Kultur- und Kreativwirtschaft, die Gamesbranche,

Design, Mode, Musik, Film und die Informations- und Kommunikationstechnologie. Allein die Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt inkl. Soloselbstständigen in Berlin weit über 370.000 Menschen ist damit und auch mit seiner Wertschöpfung der wichtigste Wirtschaftszweig der Hauptstadt. Gleichzeitig gehört Berlins IKT-Cluster zu den innovativsten Europas.

Das ist eine gute Nachricht. Während klassische Industriestandorte zunehmend unter Druck geraten und Deutschland insgesamt mit schwachem Wachstum kämpft, wächst Berlin seit Jahren überdurchschnittlich. Im ersten Quartal 2026 flossen nach Angaben von EY rund 1,2 Milliarden Euro Venture Capital in Berliner Start-ups – ein Rekordwert seit Beginn der Erhebungen. Auch wenn Bayern zuletzt bei den Investitionen knapp vorne lag, lohnt ein genauer Blick: Bayern hat mehr als dreimal so viele Einwohner wie Berlin, und ein erheblicher Teil der Investitionen entfiel dort auf den Bereich Defence Tech. Berlin hingegen überzeugt durch seine außergewöhnliche Breite an kreativen und digitalen Geschäftsmodellen.

Doch genau diese Stärke ist bedroht.

Während klassische Industrieunternehmen ihre Produktionsstandorte oder Unternehmenszentralen häufig selbst besitzen, entstehen Berlins Innovationen fast immer in gemieteten Räumen. Die Ideen von morgen wachsen in Ateliers, kleinen Laboren, Studios



Damit Berlin Europas Innovationshauptstadt bleibt und keine leerstehenden Büros verzeichnet, braucht der Mittelstand bezahlbare Freiräume. Foto: Redaktion

oder Werkstätten – also genau dort, wo steigende Gewerbemieten zur existenziellen Gefahr werden.

Wer heute ein Game-Studio gründet, ein KI-Unternehmen aufbaut, eine Modemarke entwickelt oder als Künstler neue Formate erprobt, verfügt selten über eigenes Immobilieneigentum. Diese Unternehmen brauchen vor allem eines: bezahlbare Räume zum Experimentieren.

Denn Innovation entsteht nicht auf Bestellung. Sie braucht Freiräume.

Gerade Berlin ist das Reallabor der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands. Die Transformati-

on unseres Landes wird nicht allein aus der klassischen Industrie kommen. Andere Länder haben diesen Wandel längst vollzogen. Die USA erwirtschaften einen erheblichen Teil ihres Wohlstands heute mit Technologie- und Plattformunternehmen, die einst ebenfalls als kleine Start-ups begonnen haben.

Damit Berlin diese Rolle weiter ausfüllen kann, müssen wir die Voraussetzungen sichern. Ein Gewerbemietendeckel ist deshalb keine wirtschaftsfeindliche Idee. Im Gegenteil: Er schützt die Orte, an denen wirtschaftliche Zukunft überhaupt erst entstehen kann.

Bezahlbare Gewerberäume ver-

hindern Verdrängung, beleben leerstehende Ladenlokale, stärken unsere Innenstädte und geben Gründerinnen und Gründern die Chance, ihre Ideen zur Marktreife zu entwickeln. Was heute wie ein Atelier oder ein kleines Labor aussieht, kann morgen ein international erfolgreiches Unternehmen sein.

Ein Gewerbemietendeckel ist deshalb kein Instrument gegen die Wirtschaft. Er ist ein Instrument für die Berliner Wirtschaft. Wer will, dass Berlin Innovationshauptstadt Europas bleibt, muss dafür sorgen, dass sich Innovation diese Stadt auch künftig leisten kann.



Prof. Tim Renner

#FürSieDa

SPD
BERLIN

AM 20.09.:
ERSTSTIMME

Florian
DÖRSTELMANN